

Wer bestimmt die Zeit?

Arbeitszeitpolitik. Weniger arbeiten, bei Bedarf mal ein paar Tage extra freinehmen, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – tarifliche Einheitslösungen werden den Arbeitszeitwünschen der Arbeitnehmer heute genauso wenig gerecht wie der Forderung der Unternehmen nach mehr Flexibilität. Wie eine moderne Arbeitszeitpolitik aussehen sollte, erklärt Hagen Lesch, Leiter des Kompetenzfelds Tarifpolitik und Arbeitsbeziehungen im IW, in seinem iwd-Kommentar.

—> [Seiten 2-4](#)



Metall- und Elektro-Industrie

Die M+E-Unternehmen haben ihre Investitionsausgaben in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesteigert – mit zunehmendem Fokus auf ihre Auslandsstandorte.

—> [Seiten 6-7](#)

Umweltschutz

Mit ihren innovativen Produkten treibt die M+E-Industrie die Energiewende voran. Die Unternehmen sind aber auch selbst in Sachen Umwelt- und Klimaschutz aktiv.

—> [Seiten 12-13](#)

Einheitslösungen sind passé

Arbeitszeitpolitik. Weil sich Gesellschaft und Wirtschaft vor allem durch die Digitalisierung und die demografische Entwicklung grundlegend verändern, ist eine moderne Arbeitszeitpolitik gefragt. Um die individuellen Bedürfnisse und die betrieblichen Notwendigkeiten auszubalancieren, müssen Tarifpartner und Politik neue Wege gehen.

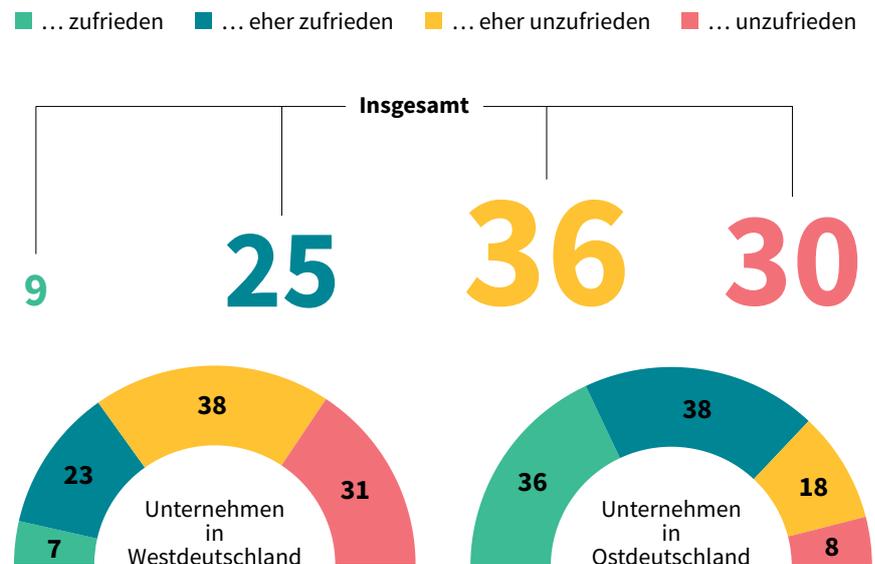
Die Arbeitszeit ist auf die tarifpolitische Agenda zurückgekehrt – und es drohen Konflikte. Denn Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben derzeit eine recht unterschiedliche Sicht der Dinge: Auf der einen Seite zwingen internationale Arbeitsteilung und globalisierte Wirtschaft die Unternehmen, ihre Produkte und Dienstleistungen rund um die Uhr anzubieten, also flexibel auf die Wünsche der Kunden zu reagieren. Auf der anderen Seite streben die Arbeitnehmer eine bessere Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf an und wünschen mehr Mitbestimmung, Einfluss, Selbstverwirklichung und Verantwortung bei der Arbeit. Das heißt:

Das Arbeitsvolumen, das die Unternehmen einsetzen können, wird immer mehr durch das Arbeitsangebot der Beschäftigten begrenzt.

Die Unternehmen stehen also vor der schwierigen Aufgabe, sowohl die Flexibilitätsanforderungen ihrer Kunden als auch die ihrer Mitarbeiter unter einen Hut zu bekommen; und die Mitarbeiter müssen ihre individuellen Arbeitszeitwünsche mit den betrieblichen Erfordernissen in

Tarifliche Arbeitszeitregelungen: Für die Unternehmen nicht optimal

So viel Prozent der Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie waren 2017 mit den tariflichen Arbeitszeitregelungen ...



Insgesamt: einschließlich Arbeitgeberverband Nordmetall, der West- und Ostbetriebe organisiert
 Quelle: IW-Befragung von 1.550 Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie im Herbst 2017
 © 2019 IW Medien / iwd



Einklang bringen. Was beide Seiten konkret wünschen:

Die Arbeitnehmer wollen vor allem kürzertreten, wie eine Umfrage der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin aus dem Jahr 2017 zeigt (Grafik Seite 3):

Fast jeder zweite Arbeitnehmer wünscht sich eine Verkürzung seiner Arbeitszeit – nur jeder Achte möchte länger arbeiten.

Zwar sind es vor allem Vollzeitbeschäftigte, die ihr Arbeitspensum reduzieren wollen, und umgekehrt Teilzeitbeschäftigte, die eher mehr arbeiten möchten. Doch würden alle Vorstellungen umgesetzt, gäbe es ein

Problem: Die zusätzlichen Stunden der Teilzeitbeschäftigten reichen nicht aus, um die verlorenen Stunden der Vollzeitbeschäftigten auszugleichen – das Arbeitsvolumen würde also insgesamt schrumpfen.

Außerdem wünschen sich die Arbeitnehmer in der Summe nicht nur kürzere Arbeitszeiten, sie wollen auch mehr Einfluss auf den Arbeitsbeginn und auf die Pausenzeiten sowie die Möglichkeit, bei Bedarf ein paar Stunden oder Tage zusätzlich freizunehmen.

Würden diese Wünsche erfüllt, könnte sich das zwar positiv auf das Arbeitsangebot auswirken – denn

mehr Zeitsouveränität macht das Arbeiten attraktiver und könnte zum Beispiel mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt locken. Allerdings würden die Zugeständnisse an die Mitarbeiter die Personalabteilungen vor die schwierige Aufgabe stellen, ein Mehr an Flexibilität für die einen nicht durch ein Weniger für die anderen zu erkaufen.

Die Arbeitgeber brauchen vor allem mehr Gestaltungsspielraum, insbesondere dann, wenn das gesamte Arbeitszeitvolumen künftig geringer ausfällt – das zeigt eine IW-Befragung von 1.550 tarifgebundenen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie (M+E) in Deutschland von 2017 (Grafik Seite 2):

Zwei Drittel der M+E-Unternehmen sind mit den tariflichen Arbeitszeitregelungen „eher unzufrieden“ oder „unzufrieden“.

Die Bewertung unterscheidet sich allerdings deutlich zwischen Westdeutschland, wo die 35-Stunden-Woche gilt, und Ostdeutschland mit einer Wochenarbeitszeit von 38 Stunden: Während in den alten Bundesländern 69 Prozent der Unternehmen mit dem tariflichen Arbeitszeitvolu-

men hadern, sind es in den neuen nur 26 Prozent.

Die tariflichen Arbeitszeitregelungen werden aber nicht nur von jenen Unternehmen kritisch bewertet, die daran gebunden sind, sondern auch von Betrieben ohne Tarifbindung: Für 57 Prozent von ihnen sind die derzeitigen Tarifregeln sogar ein Grund, sich nicht an den Flächentarif zu binden.

Angesichts all dieser Wünsche, Trends und Notwendigkeiten stellt sich für die Tarifpartner die Frage, ob kollektiv verankerte Einheitslösungen noch zeitgemäß sind oder ob stattdessen vermehrt Rahmenregelungen getroffen werden, die auf unbürokratische Weise Raum für betriebsspezifische Lösungen und Differenzierungen zwischen einzelnen Arbeitnehmergruppen erlauben.

Konkrete Instrumente dazu sind zum Beispiel Lohnrunden, die auf Engpässe reagieren, Arbeitszeitkorridore und das Angebot eines lebensphasenorientierten Arbeitens (siehe Kommentar Seite 4).

Dreh- und Angelpunkt ist dabei die demografische Entwicklung. Zwar lässt sich der Rückgang des

Erwerbspersonenpotenzials und des potenziellen Arbeitsvolumens über die Zuwanderung von Fachkräften, höhere Erwerbsquoten und längere Lebensarbeitszeiten ausgleichen. Dazu müssen allerdings die bestehenden Anreize zur Frühverrentung beseitigt, die Beschäftigungsfähigkeit verbessert und die stille Reserve mobilisiert werden.

Auf betrieblicher Ebene müssen Beschäftigte und Unternehmensleitung an einem Strang ziehen, wenn sie ihre Produkte und Dienstleistungen gemäß den Kundenwünschen liefern wollen. Denn Arbeitszeitpolitik ist in erster Linie Betriebspolitik, muss also vor Ort praktiziert werden. Die Tarifparteien können neue Arbeitszeitmodelle durch entsprechende Rahmenregelungen flankieren und beiden Seiten vor allem beim Arbeitszeitvolumen mehr betrieblichen und individuellen Handlungsspielraum einräumen.

Aus IW-Trends 2/2019

Hagen Lesch: Arbeitszeitpolitik – Die neuen tarifpolitischen Herausforderungen
iwkoeln.de/arbeitszeitpolitik

Arbeitszeitwünsche: Jeder Zweite will kürzertreten

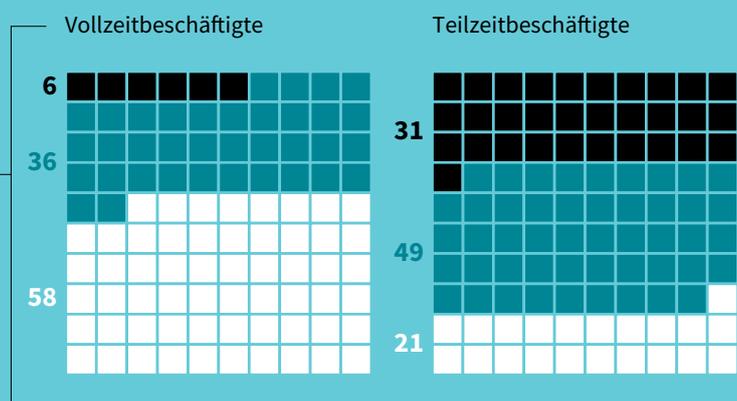
So viel Prozent der Beschäftigten wollten ihre Arbeitszeit 2017 ...



Insgesamt

49 **39** **12**

■ ... verkürzen ■ ... beibehalten ■ ... verlängern



„Die Arbeitszeit ist Sache der Betriebe“

Kommentar. *Wie eine moderne Arbeitszeitpolitik aussehen kann, erläutert **Hagen Lesch**, Leiter des Kompetenzfelds Tarifpolitik und Arbeitsbeziehungen im Institut der deutschen Wirtschaft.*



Foto: IW Medien

Die Arbeitszeit beherrscht wieder viele Tarifrunden. Ausgehend von dem im Jahr 2016 eingeführten Wahlmodell bei der Deutschen Bahn, bei dem die Mitarbeiter eine Lohn-erhöhung in zusätzliche Freizeit umwandeln können, fordern nun auch große Branchengewerkschaften Wahlmodelle. Auch wenn bei diesen Regelungen individuelle Arbeitszeitwünsche im Mittelpunkt stehen: Die Tarifparteien büden der betrieblichen Arbeitszeitpolitik zusätzliche Bürokratie auf.

Ein Problem besteht vor allem dann, wenn eine Tarifregelung Erwartungen weckt, die in den Betrieben nicht umgesetzt werden können. Durch den Fachkräftemangel, der sich von Betrieb zu Betrieb unterscheidet, ist es vielfach schwierig, Wünschen nach zusätzlicher Freizeit zu entsprechen.

Dies wirft die grundsätzliche Frage auf, wer für die Arbeitszeitpolitik zuständig ist. Der optimale Ort für eine innovative und passgenaue Gestaltung der Arbeitszeiten ist nun mal der Betrieb. Dies geschieht im Rahmen gesetzlicher Vorgaben, zum Beispiel bei der täglichen Höchst-arbeitsgrenze von zehn Stunden,

und – bei tarifgebundenen Unternehmen – unter Beachtung tarifvertraglicher Regelungen.

Der Gesetzgeber und die Tarifparteien stehen in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen jeweils zeitgemäß zu gestalten. Aufgrund der digitalisierten Arbeitswelt und infolge der wachsenden Arbeitszeitsouveränität vieler Arbeitnehmergruppen hat sich in den vergangenen Jahren ein Reformbedarf aufgestaut.

So greift der deutsche Gesetzgeber bei der Festlegung der täglichen Höchst-arbeitsgrenze unnötig in die Gestaltungsspielräume von Beschäftigten und Unternehmen ein. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie schreibt lediglich eine wöchentliche Höchstgrenze vor. Auch die elfstündige Ruhezeit ist in Zeiten, in denen dienstliche E-Mails auch mal am Abend beantwortet werden, eher anachronistisch. Hier sollten zumindest Bagatellgrenzen definiert werden, bei deren Unterschreitung die Ruhephase nicht als gestört oder unterbrochen gilt.

Angesichts der sinkenden Tarifbindung müssen auch die Tarifparteien prüfen, wie zeitgemäß ihre

Regelungen noch sind. In der Metall- und Elektro-Industrie etwa stößt die 35-Stunden-Woche auf große Vorbehalte. Da nützt es wenig, wenn verschiedene Quotenregelungen Ausnahmen erlauben. In Ostdeutschland, wo die gleichen Quoten gelten, die Wochenarbeitszeit aber drei Stunden länger ist, sind die tarifgebundenen Betriebe deutlich zufriedener mit der Arbeitszeitregelung. Eigentlich müsste sich der Westen an den Osten angleichen. Eine moderne Tarifpolitik überlässt diese Entscheidung aber den Betrieben. Die Tarifparteien würden lediglich einen Arbeitszeitkorridor vorgeben, in dem die Betriebe in Abstimmung mit ihren Betriebsräten ihre Wochenarbeitszeiten frei wählen können.

Eher national agierende kleine und mittlere Betriebe haben andere Anforderungen an die Arbeitszeit als internationale Großbetriebe. In den Tarifverträgen gibt es aber vor allem Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen und teilweise auch zwischen Ost- und Westdeutschland. Eine stärkere Differenzierung innerhalb einer Branche ließe sich durch Öffnungsklauseln und vor allem durch Arbeitszeitkorridore erreichen.

Prädikat ausbaufähig

Datenwirtschaft. Daten, Daten und noch mehr Daten – deutsche Unternehmen produzieren und speichern immer größere Datenmengen. Doch bislang nutzen nur wenige diese Informationen für ihre Geschäftsmodelle, wie eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft, der IW Consult und des Fraunhofer-Instituts zeigt.

Durch die Digitalisierung steigen die Datenmengen in deutschen Unternehmen rasant an. Damit bieten sich Chancen, auf Basis von Datenhandel und Datenaustausch neue digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln – zusammengefasst unter dem Begriff Data Economy.

Doch wie gut nutzen die Betriebe in Deutschland ihre Bits und Bytes bislang? Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat gemeinsam mit der IW Consult und dem Fraunhofer-Institut für Software- und Systemtechnik ein Reifegradmodell entwickelt, um diese Frage zu beantworten. Die Forscher unterscheiden dabei drei Dimensionen:

- Data Resource Management: grundlegende interne Prozesse und Strukturen, die es Unternehmen ermöglichen, Daten effizienter und intensiver zu nutzen;
- Data Valuation: Datenbewertung unter wirtschaftlichen und strategischen Gesichtspunkten;
- Data Business: aktive Nutzung von Daten über die Unternehmensgrenzen hinaus. Es besteht ein Austausch von Daten und datenbasierten Produkten, zum Beispiel mit Zulieferern und Kunden.

Für jede dieser Dimensionen haben die Wissenschaftler sechs Reifegradstufen definiert. In der Summe ergibt sich damit ein umfassendes Bild für einen Betrieb – und anhand der Angaben von mehr als 1.100 Industrieunternehmen und unternehmensnahen Dienstleistern, die im Rahmen des IW-Zukunftspanels befragt wurden, entsteht eine realistische Einschätzung der Data Economy in Deutschland.

Das Ergebnis dieser Auswertung zeigt, dass die Betriebe hierzulande bei der Datenwirtschaft größtenteils noch am Anfang stehen (Grafik):

84 Prozent der Unternehmen fallen in Bezug auf Data Economy in die Kategorie der Einsteiger.

Die Firmen nutzen Daten also noch kaum als wertschöpfungsrelevante Ressource.

Besonders die kleinen Unternehmen tun sich bislang schwer, die Potenziale der Datennutzung zu heben. Die Großunternehmen sind hier schon einen Schritt weiter, immerhin jedes zehnte gilt in der Systematik der IW-Forscher als Pionier der Data Economy.

Die zurückhaltenden Firmen haben vor allem rechtliche Bedenken gegen den Datenaustausch und -handel. Die meistgenannten Hemmnisse sind Eigentumsrecht, Datenschutz und andere Rechtsunsicherheiten.

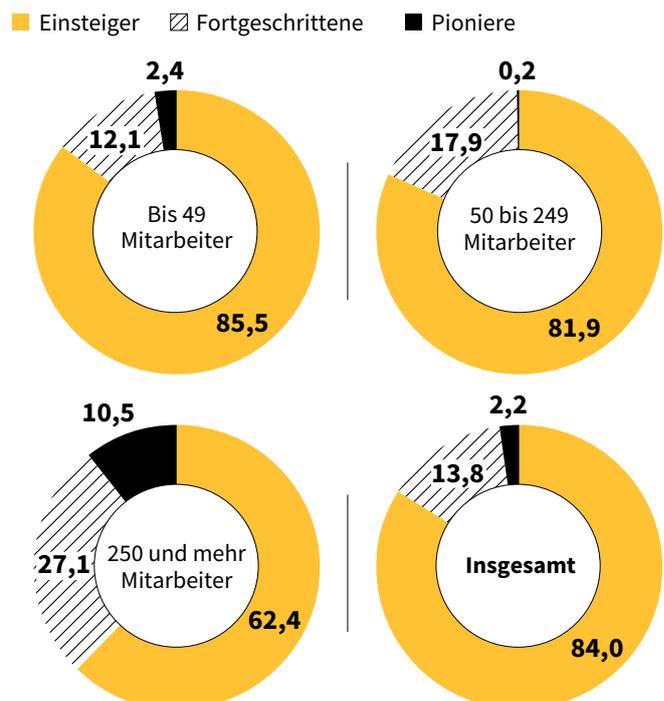
Gutachten

Vera Demary et al.: Readiness Data Economy

iwkoeln.de/data_economy

Datennutzung: Kleine Betriebe stehen oft noch am Anfang

So viel Prozent der Industrieunternehmen und der unternehmensnahen Dienstleister in Deutschland haben diesen Digitalisierungsgrad



Befragung von 1.104 Unternehmen im vierten Quartal 2018; Einsteiger: lediglich Unterstützung durch IT-Systeme; Fortgeschrittene: Datenerfassung, -pflege und -weiterverarbeitung sind etabliert; Pioniere: proaktives Datenmanagement, Teil einer datengetriebenen Wertschöpfungskette

Quelle: IW-Zukunftspanel
© 2019 IW Medien / iwd

Mehr Geld in die Hand genommen

Metall- und Elektro-Industrie. Seit der Finanzkrise 2009 hat die Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland ihre Investitionsausgaben kontinuierlich gesteigert. Aufgrund der fortschreitenden Globalisierung haben die Unternehmen der Branche zuletzt einen stärkeren Fokus auf ihre Auslandsstandorte gelegt.

Maschinen, komplette Produktionsanlagen, Fahrzeuge und Flugzeuge aller Art: Etwa 80 Prozent der in der Metall- und Elektro-Industrie hergestellten Güter sind Investitionsgüter. Das bedeutet, diese Güter kommen nicht direkt beim Verbraucher an, sondern werden von anderen Unternehmen für ihre Produktion genutzt.

Deshalb ist die M+E-Industrie zu einem erheblichen Teil von der Investitionskonjunktur im Inland abhängig. Entsprechend negativ wirken sich die seit einem halben Jahr rückläufigen Auftragseingänge aus.

Die M+E-Industrie ist aber nicht nur der Lieferant für die Investitionen der Wirtschaft, sie investiert auch selbst in die Erneuerung und den Ausbau ihrer Produktionsanlagen (Grafik):

Im Jahr 2018 beliefen sich die Investitionen der M+E-Unternehmen in Bauten, Ausrüstungen und sonstige Anlagegüter auf mehr als 41 Milliarden Euro.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein Plus von 8,4 Prozent. Die Investitionen sind damit deutlich stärker gestiegen als der Umsatz, der nur um 2 Prozent zulegte. Dementsprechend hat sich auch die Investitionsquote, die das Verhältnis von Investitionen zum Gesamtumsatz angibt, von 3,3 Prozent im Jahr 2017 auf 3,5 Prozent im vergangenen Jahr erhöht.

Die Investitionen werden von den Unternehmen zum Großteil aus den Gewinnen finanziert. Im Jahr 2018 haben die M+E-Betriebe in Deutschland nach ersten Prognosen einen Gesamtgewinn nach Steuern von 46 Milliarden Euro erzielt und davon rechnerisch rund 90 Prozent wieder in Fabriken, Maschinen und Anlagen investiert.

Die Unternehmen verfolgen mit ihren Investitionen drei übergeordnete Ziele:

- Ersatzbeschaffung: Ausgediente Maschinen werden durch neue, modernere ersetzt.
- Erweiterung: Mit dem Aus- oder Neubau von Produktionsstandorten werden die Kapazitäten erhöht.

M+E-Industrie: Die Investitionen steigen

Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe der Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland in Milliarden Euro



- **Rationalisierung:** Die Produktion wird effizienter gestaltet und das notwendige Personal verringert.

Investitionen in die Rationalisierung waren und sind eine Reaktion der Unternehmen auf den steigenden Druck bei den Personalkosten. Deutschland hat im internationalen Vergleich die fünfthöchsten Arbeitskosten (siehe iwd 7/2019). Die Rationalisierung führt aber auch zu einer höheren Produktivität in einzelnen Betriebsteilen oder sogar im ganzen Unternehmen.

Weil die Produktion in der vergangenen Dekade wuchs und die Kapazitäten zuletzt hoch ausgelastet waren, hat sich die M+E-Industrie auf die Erweiterung ihrer Anlagen konzentriert (Grafik):

Im Durchschnitt gingen in den Jahren 2007 bis 2017 drei Viertel der M+E-Investitionen in die Erweiterung der Kapazitäten.

Die Ersatzbeschaffung vereinte 18 Prozent der Ausgaben auf sich, zur Rationalisierung setzten die Unternehmen im Schnitt 7 Prozent ihrer Mittel ein.

Diese über ein Jahrzehnt stabile Aufteilung hat sich im vergangenen Jahr deutlich gewandelt:

Im Jahr 2018 nutzten die M+E-Unternehmen nur noch 39 Prozent ihrer Investitionen zur Ausweitung ihrer Kapazitäten.

Fast die Hälfte der Gelder floss in die Ersatzbeschaffung. Der Anteil der Rationalisierung hat sich ebenfalls deutlich erhöht und liegt nun bei 15 Prozent.

In der Schwerpunktverlagerung spiegelt sich die abgekühlte Konjunktur wider. Die Unternehmen gehen nicht mehr von einem großen Wachstum aus und wappnen sich für einen möglichen Abschwung in Deutschland.

Auslandsinvestitionen. Neben dem Heimatmarkt sind ausländische Märkte für die international vernetzte und exportstarke M+E-Industrie seit Langem von großer Bedeutung. Durch die immer weiter fortschreitende Globalisierung hat sich ihr Stellenwert für die M+E-Unternehmen nochmals erhöht, das lässt sich unter anderem an den Direktinvestitionen ablesen. Sie sind im Vergleich zu den Inlandsinvestitionen in den vergangenen Jahren prozentual stärker gestiegen.

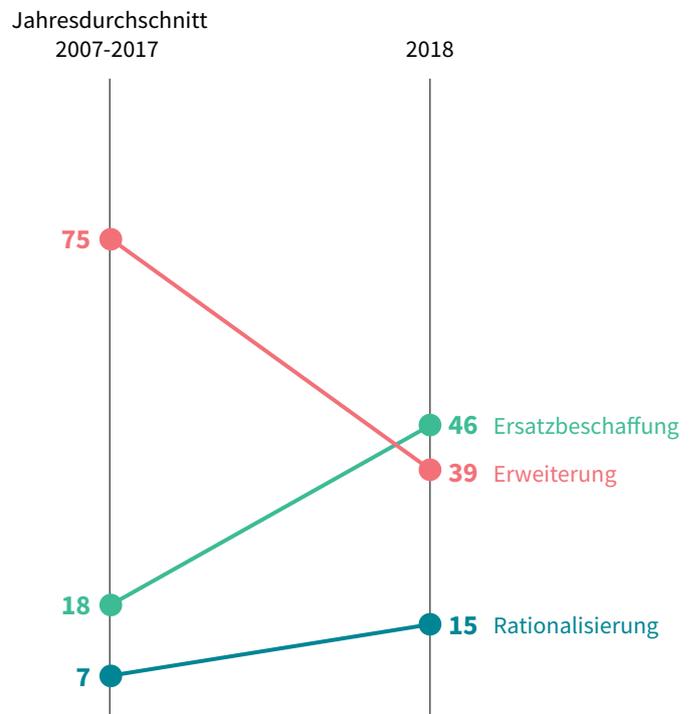
Bis Ende 2017 haben die deutschen M+E-Unternehmen insgesamt 217 Milliarden Euro im Ausland investiert.

Zusätzlich zu ihren Standorten in Deutschland unterhalten die M+E-Betriebe 6.900 Unternehmen, Beteiligungen und eigene Standorte im Ausland. In diesen Firmen arbeiten knapp zwei Millionen Menschen.

Die M+E-Beschäftigung ist zwar in Deutschland in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen, im Ausland war der Anstieg aber noch deutlich größer: Während

M+E-Investitionen: Schwerpunkt verlagert

So viel Prozent der M+E-Investitionen dienten diesem Zweck



Rationalisierung: effizientere Produktion und Verringerung des Personalaufwands

Quellen: ifo Institut, Statistisches Bundesamt
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

die Beschäftigung an ausländischen Standorten gemessen an der Mitarbeiterzahl in Deutschland 2010 noch bei 41 Prozent lag, überschritt sie im Jahr 2017 schon die 50-Prozent-Marke.

Standortfaktoren. Für die Entscheidung, ob, wann und wo die Unternehmen investieren, spielen die Wettbewerbsbedingungen für die M+E-Industrie an den verschiedenen Standorten eine wichtige Rolle. Denn die Globalisierung und die Vernetzung der internationalen Wertschöpfungsketten werden weiter voranschreiten. Gerade mit Blick auf die Investitionen ergibt sich daraus ein verschärfter Wettbewerb auf Standortebene.

Im Vergleich mit wichtigen Konkurrenzländern wie den USA, China, Japan oder Frankreich hat Deutschland nicht nur höhere Arbeitskosten, sondern auch Nachteile beim Strompreis – maßgeblich wegen der hohen Abgaben – und durch hohe Unternehmensteuern. Zudem ist der Kündigungsschutz in Deutschland relativ rigide.

Um die Investitionen weiter auf einem hohen Niveau zu sichern, muss die Politik für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sorgen, damit die Unternehmen auch von Deutschland aus auf den globalen Märkten erfolgreich sein können.

Risikofaktor China

Weltwirtschaft. China hat sein Wachstum in den vergangenen Jahren stark auf Krediten aufgebaut. Das birgt Risiken – nicht nur für die Volksrepublik. Wie sich ein schwächelndes China auf die Weltwirtschaft auswirken würde, hat das Institut der deutschen Wirtschaft mittels einer Simulation berechnet.

Auf der Liste der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften war China zu Beginn des Jahrtausends mit zweistelligen Werten regelmäßig in der Spitzengruppe vertreten. Doch seit dem Jahr 2010 geht es für die Volksrepublik deutlich langsamer vorwärts, wenn auch immer noch mit Wachstumsraten von mehr als 6 Prozent.

Ursachen für den stockenden Aufschwung sind unter anderem die schwächelnde Binnennachfrage, rückläufige Exportaufträge und der Handelsstreit mit den USA. Ein weiteres Problem für China: Das Wachstum nach der weltweiten Finanzkrise 2009 wurde gewissermaßen mit vielen kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen erkaufte. Die Folge:

Zahlreiche chinesische Banken – vor allem staatliche – haben einen hohen Anteil notleidender Kredite in ihren Büchern.

Doch nicht nur der Finanzsektor steht unter Druck. Die gesamtwirtschaftliche Verschuldung – also die Summe aus Staatsschulden, Unternehmensschulden und Schulden der Haushalte – ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen und beträgt aktuell rund 250 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Sie liegt damit auf einem ähnlichen Niveau wie in den USA und deutlich über der deutschen. Besonders hoch sind die chinesischen Unternehmen verschuldet (Grafik):

Die nichtfinanziellen Unternehmen stehen mit 153 Prozent des BIP in der Kreide.

Die Regierung in Peking hat dieses Problem schon 2015 erkannt und versucht, gegenzusteuern – bislang mit mäßigem Erfolg.

Ähnlich schlecht läuft es bei den privaten Haushalten. Jahrelang hat der Staat ihnen freizügig Kredite gewährt, um so die Inlandsnachfrage anzukurbeln. Diese Politik hat dazu geführt, dass die Verschuldung der privaten Haushalte von knapp 18,5 Prozent des BIP im Jahr 2007 auf fast 52 Prozent im Jahr 2018 gestiegen ist.

Mehr als die Hälfte dieser Schulden sind Hypotheken. Zwar haben die Immobilienkredite zunächst zur Erholung und dann zum Aufschwung des Wohnungsmarktes beigetragen, doch nun werden sie zu einer Belastung – es mehren sich die Anzeichen

China: Privatwirtschaft hoch verschuldet

Verschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018

	 China	 USA	 Deutschland
Zentralregierung	48,3	97,2	65,9
Haushalte	51,5	76,4	52,7
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	152,9	73,9	55,5

für eine Immobilienblase. Vor allem in den größeren Städten verteuern sich Immobilien stark und die steigenden Preise gehen mit höheren Baukosten und Kreditaufnahmen einher. Deshalb nimmt das Risiko zu, dass die Blase wächst und letztlich platzt.

Die Regierung steckt dabei in einem Dilemma: Entweder pumpt sie weiter Geld in den Immobiliensektor und nährt damit die Blase, oder sie zieht sich zurück und nimmt ein geringeres BIP-Wachstum in Kauf.

Ein zusätzliches Problem für China ist der eskalierende Handelskonflikt mit den USA:

Das Wachstum der chinesischen Exporte hat sich im ersten Quartal 2019 unerwartet stark verringert. Laut Zollangaben legten die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahresquartal nur um knapp 1 Prozent zu.

Die Importe sanken im Jahresvergleich sogar um rund 3 Prozent.

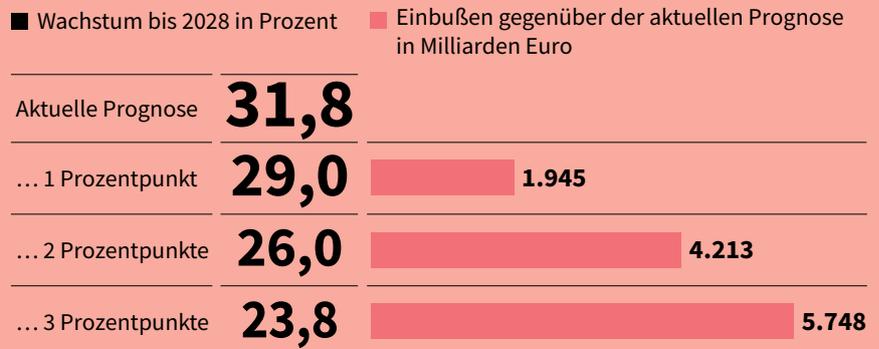
Nun will die Regierung in Peking die Binnennachfrage und die Exporte wieder ankurbeln – unter anderem mit Steuersenkungen (Mehrwert- und Einkommensteuer), Gebührensenkungen, Steuerrabatten für Ausfuhren, Zollsenkungen, einem besseren Zugang zu Krediten vor allem für kleine Betriebe und – wieder einmal – durch Infrastrukturinvestitionen.

Wie effektiv diese Maßnahmen sein werden, ist unklar, da ein Großteil der zusätzlichen Mittel in ineffiziente staatliche Unternehmen und nicht in private Unternehmen fließt.

Sollte China in eine ernste Krise geraten, hätte das erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat dieses Szenario mithilfe des Global Economic Model von Oxford Economics in einer Simulation berechnet (Grafik):

Chinas Schwäche: Risiko für die Weltwirtschaft

Wenn das reale Wirtschaftswachstum Chinas jährlich um ... geringer ausfällt als erwartet, würde sich das weltweite BIP so entwickeln



Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Wenn das chinesische BIP bis 2028 real jährlich um 1 Prozentpunkt weniger wächst als derzeit angenommen, würde das Wachstum des weltweiten BIP um insgesamt 2,8 Prozentpunkte geringer ausfallen.

In absoluten Zahlen gerechnet würde das Einbußen von fast 2 Billionen Euro im Jahr 2028 bedeuten.

Falls Chinas Wachstum sogar um 3 Prozentpunkte einbricht, würde der Zuwachs der Weltwirtschaft bis 2028 um 8 Prozentpunkte verringert. Das entspräche Einbußen von gut 5,7 Billionen Euro.

Auch Deutschland würde die Schwäche Chinas spüren. Schließlich ist die Bundesrepublik der wichtigste Handelspartner Pekings in Europa. Umgekehrt ist China noch vor den USA das Partnerland Nummer eins für deutsche Unternehmen.

So würde eine Wachstumsverlangsamung Chinas um 3 Prozentpunkte dazu führen, dass die BIP-Wachstumsrate in Deutschland im Jahr 2020 um 0,1 Prozentpunkte sinkt. Dieser – auf den ersten Blick geringe – Effekt würde sich im Laufe der Zeit verstärken:

Laut IW-Modellrechnung wäre der Wachstumsverlust im Jahr 2028 dreimal so groß und entspräche einem Minus von 36,5 Milliarden Euro.

Im Moment sind dies Gedankenspiele. Doch die wirtschaftlichen Daten Chinas und die eingeschlagene Wirtschaftspolitik lassen eine Wachstumsverlangsamung realistisch erscheinen. Auch ein starker Einbruch ist angesichts der Rahmenbedingungen nicht auszuschließen.

China sollte daher seine Strategie ändern und stärker auf langfristiges Wachstum statt auf kurzfristige Erfolge setzen. Dazu müsste das Land seine ineffizienten staatlichen Unternehmen reformieren, seinen Dienstleistungssektor öffnen, Marktzugangsbarrieren für private und ausländische Unternehmen abbauen und nicht zuletzt eine konservativere Kreditvergabe an den Tag legen.

IW-Report 24/2019

Sonja Jovicic: Chinas Wirtschaft – Steigende Risiken

iwkoeln.de/wirtschaft_china

Die Warnsignale mehren sich

Arbeitsmarkt. Mehr Erwerbstätige, mehr freie Stellen, weniger Arbeitslose: In den zurückliegenden sieben Jahren reihte sich eine gute Nachricht vom deutschen Arbeitsmarkt an die andere. Nun allerdings zeigen mehrere Indikatoren an, dass sich das Beschäftigungsklima abkühlt. Eine Rückkehr zu früheren Krisenlagen ist aber nicht zu befürchten.

Von 2012 bis 2018 ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um 2,8 Millionen auf den Jahresrekord von mehr als 44,8 Millionen gestiegen. Und auch wenn sich der Aufwärtstrend in jüngster Zeit etwas abgeschwächt hat, waren im Mai 2019 mit gut 45,1 Millionen noch einmal 460.000 Menschen mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Spiegelbildlich hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit 2012 um fast 600.000 verringert – auf 2,34 Millionen im Jahresdurchschnitt 2018.

Dennoch mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass es auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr ganz so rund läuft:

- Die Zahl der Arbeitnehmer in der Zeitarbeit – die als Frühindikator für den Arbeitsmarkt gilt – ist seit geraumer Zeit rückläufig. Dies dürfte nur zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass der Einsatz von Zeitarbeitnehmern in den Betrieben 2017 schärfer reguliert wurde.
- Im Juni 2019 gab es mit rund 774.000 erstmals seit Oktober 2013 wieder etwas weniger offene Stellen als zwölf Monate zuvor (Grafik).
- Seit Anfang 2014 lag die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I, die diese Leistung aufgrund von Arbeitslosigkeit – und nicht infolge der Teilnahme an einer Weiterbildung – beziehen, in jedem Monat

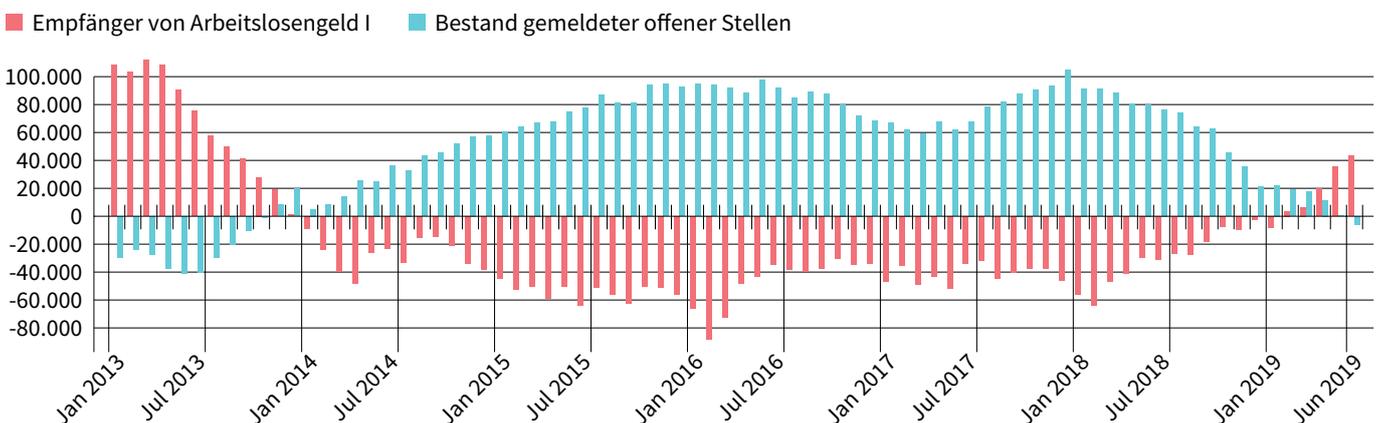
unter dem Vorjahreswert. Inzwischen hat sich der Trend gedreht:

Im Juni 2019 bezogen knapp 704.500 Menschen in Deutschland Arbeitslosengeld I wegen Arbeitslosigkeit – gut 43.000 mehr als ein Jahr zuvor.

- Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai 2019 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 60.000 auf 2,28 Millionen gestiegen. Etwa gut die Hälfte dieses Zuwachses ist zwar auf eine statistische Korrektur zurückzuführen. Doch auch ohne diesen Sonder-effekt bleibt ein überraschend starker Anstieg der Arbeitslosigkeit festzuhalten. Im Juni hat sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl

Zahl der ALG-I-Empfänger steigt wieder

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



Arbeitslosengeld I: bei Arbeitslosigkeit, also ohne Empfänger von ALG I bei Weiterbildung

wieder stabilisiert – ob sich die im Mai angedeutete Trendumkehr verfestigt, bleibt daher abzuwarten.

Voreilig wäre es jedenfalls, die Indizien für eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage damit in Zusammenhang zu bringen, dass einige große Unternehmen in Deutschland einen Stellenabbau angekündigt haben – zum Beispiel Bayer, Thyssen-Krupp oder die Deutsche Bank.

Denn zwischen einer solchen Ankündigung und den tatsächlichen Stellenstreichungen vergeht meist viel Zeit. Und in zahlreichen Fällen führt ein Stellenabbau gar nicht zu Entlassungen, vielmehr werden regulär ausscheidende Mitarbeiter nicht

oder nur zum Teil durch Neueinstellungen ersetzt. Zudem erzeugen Meldungen über größere geplante Stellenkürzungen viel Resonanz – während gleichzeitig Nachrichten über Firmen, die zusätzliches Personal einstellen, eher untergehen.

Aus der Statistik lässt sich jedenfalls bislang keine erhöhte Neigung der Betriebe in Deutschland ablesen, Mitarbeiter zu entlassen. Bezogen auf alle Beschäftigten lag der Anteil derjenigen, die aus einer regulären Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit gingen, im Mai 2019 mit 0,65 Prozent nochmals leicht unter dem Wert des Vorjahresmonats (0,66 Prozent).

Zu den Indikatoren, die auf eine Entrübung des Arbeitsmarktklimas

hindeuten, gehört zweifellos die stärker genutzte Kurzarbeit:

Von Januar bis Mai 2019 wurde insgesamt für 92.000 Arbeitnehmer bei den Arbeitsagenturen Kurzarbeit angezeigt – im gleichen Vorjahreszeitraum gab es nur 35.000 solcher Anzeigen.

Allerdings haben die Betriebe auch in den vergangenen, wirtschaftlich starken Jahren kurzarbeiten lassen – in den ersten fünf Monaten der Jahre 2015 und 2016 beispielsweise gingen bei den Arbeitsagenturen jeweils knapp 100.000 entsprechende Anzeigen ein. Im Krisenjahr 2009 wurde von Januar bis Mai insgesamt sogar für 2,4 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit angezeigt.

Arbeitsmarkt-Hoch über Europa

Auch in der Europäischen Union insgesamt hat sich die Arbeitsmarktlage in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Die jüngste Rekordzahl: Im ersten Quartal 2019 hatten in den 28 EU-Staaten insgesamt 240,7 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. Allein seit Anfang 2017 ist die Zahl um mehr als sechs Millionen gestiegen. Die Beschäftigungsquote erreichte im Schlussquartal 2018 mit 73,5 Prozent ebenfalls einen neuen Höchststand.

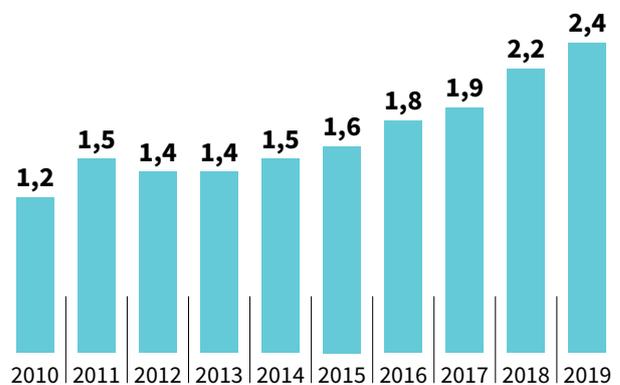
Allerdings hat das Tempo des Beschäftigungswachstums zuletzt nachgelassen, wie die EU-Kommission in ihrem neuesten Arbeitsmarktbericht feststellt. Zudem ist das Gefälle innerhalb der EU nach wie vor groß: Während in Schweden im vergangenen Jahr fast 83 Prozent aller 20- bis 64-Jährigen einen Job hatten, waren es in Griechenland weniger als 60 Prozent. Dennoch ist auch dort die Arbeitslosenzahl zuletzt deutlich gesunken.

Insgesamt fiel die Arbeitslosenquote in der EU-28 im Mai 2019 auf 6,3 Prozent – den niedrigsten Wert seit der ersten Veröffentlichung der Monatswerte zur EU-Arbeitslosigkeit im Januar 2000. Neben Griechenland meldeten zuletzt auch Spanien und Zypern einen besonders starken Rückgang der Arbeitslosenquote. Am niedrigsten ist die Erwerbslosigkeit gemäß Eurostat-Definition derzeit in Tschechien (2,2 Prozent), Deutschland (3,1 Prozent) und den Niederlanden (3,3 Prozent).

Diese Länder zählen spiegelbildlich auch zu den EU-Staaten mit den meisten offenen Stellen (Grafik). Der Trend bei diesem Arbeitsmarktindikator war bis zuletzt ebenfalls positiv: Im ersten Quartal lag die Quote der offenen Stellen in 14 EU-Ländern über dem Wert des Vorjahreszeitraums – nur in fünf Mitgliedsstaaten war sie leicht rückläufig.

Europäische Union: Mehr Jobs im Angebot

Offene Stellen in Prozent aller Arbeitsplätze in der EU-28, jeweils im ersten Quartal



Die EU-Länder mit den ... Anteilen der offenen Stellen an allen Arbeitsplätzen im ersten Quartal 2019 in Prozent

... höchsten	... niedrigsten
Tschechien 6,4	Bulgarien 1,0
Belgien 3,6	Irland 1,0
Deutschland 3,3	Portugal 1,0
Niederlande 3,2	Spanien 0,9
Österreich 3,1	Griechenland 0,6

Ohne Berücksichtigung von Dänemark, Frankreich, Italien und Malta, da deren Daten mit den übrigen Ländern nicht vollständig vergleichbar sind

Quelle: Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Die M+E-Industrie hat das Klima im Blick

Umweltschutz. Die M+E-Unternehmen in Deutschland tragen mit ihren innovativen Produkten ganz entscheidend zur Energiewende bei. Sie investieren aber auch selbst in den Umweltschutz. Ein wichtiges Ziel der Branche ist dabei der Schutz des Klimas.

Ob für Windkraftparks, Solaranlagen oder Pumpspeicherkraftwerke – ohne die Produkte und Technologien der Metall- und Elektro-Industrie ließe sich kein Strom aus erneuerbaren Energien gewinnen oder speichern. Auch Elektromobilität und effiziente Produktionsanlagen wären ohne die M+E-Branchen undenkbar. Das spiegelt sich in den Umsatzzahlen wider:

Die M+E-Industrie hat im Jahr 2017 mit Umweltschutzgütern einen Umsatz von 43,7 Milliarden Euro erzielt.

Damit kommen aus den M+E-Unternehmen mehr als 75 Prozent der industriell produzierten Umweltgüter in Deutschland. Allein in den Sparten Onshore- und Offshore-Windkraft sowie Photovoltaik addierte sich der Umsatz 2017 auf mehr als 20 Milliarden Euro.

Dabei beschränkt sich das Geschäft der M+E-Unternehmen mit den Umweltgütern nicht nur auf Deutschland – ganz im Gegenteil: Fast die Hälfte des Umsatzes haben sie 2017 im Ausland erwirtschaftet.

Die M+E-Unternehmen ergreifen aber auch selbst Umweltschutzmaßnahmen. In den vergangenen

Jahren haben sie die entsprechenden Investitionen sogar noch deutlich gesteigert (Grafik):

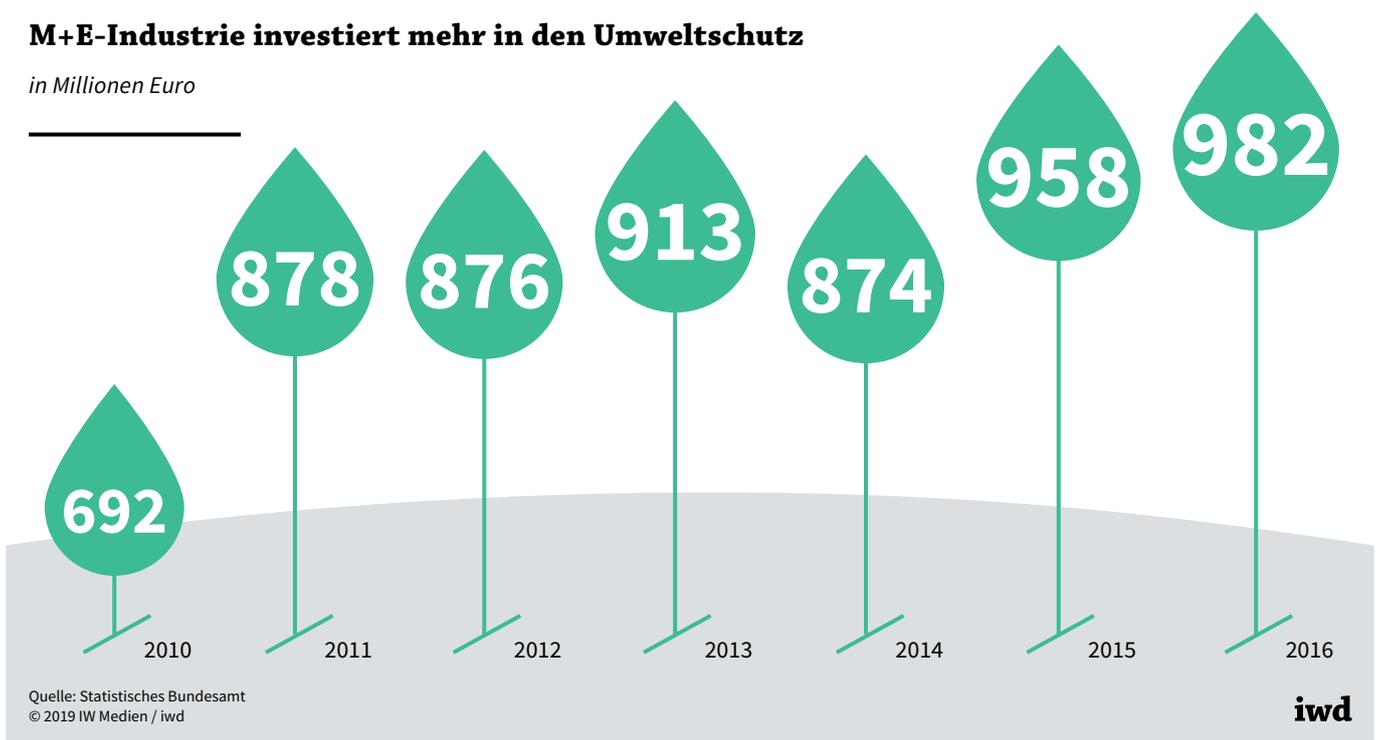
Rund 982 Millionen Euro haben die M+E-Unternehmen in Deutschland im Jahr 2016 in den Umweltschutz investiert, fast 300 Millionen Euro mehr als im Jahr 2010.

Allein von 2015 auf 2016 haben die Betriebe ihr Engagement für den Umweltschutz um 2,5 Prozent erhöht. Insgesamt ist die M+E-Industrie für gut 42 Prozent der Umweltschutzinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes verantwortlich, das unterm Strich rund 2,3 Milliarden Euro dafür ausgibt.

Neben Abfallentsorgung und Gewässerschutz spielt der Klimaschutz eine große Rolle für die M+E-Industrie. Etwa 40 Prozent der

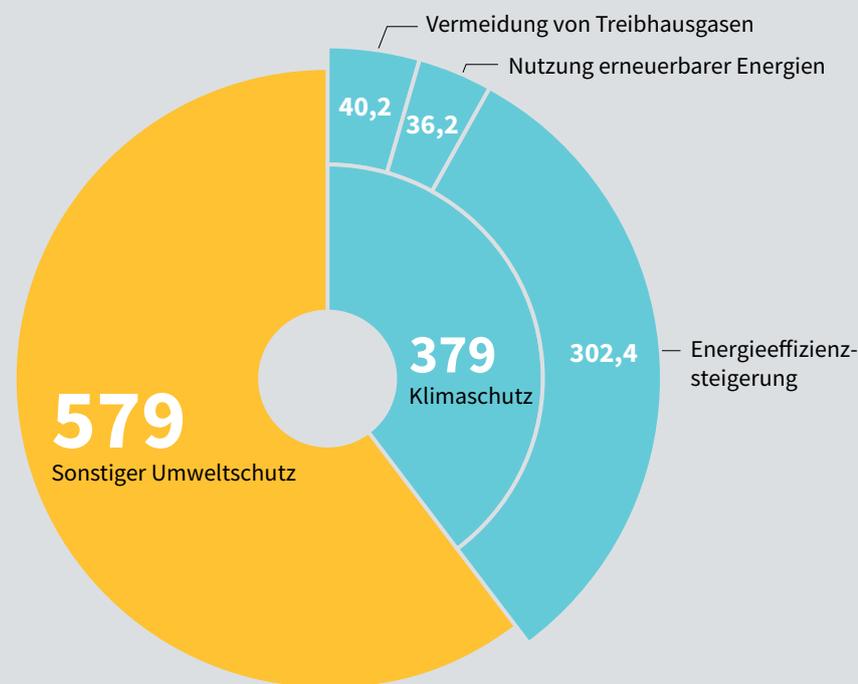
M+E-Industrie investiert mehr in den Umweltschutz

in Millionen Euro



M+E-Industrie: Klimaschutz ist ein wichtiges Ziel

Investitionen im Jahr 2015 in Millionen Euro



Sonstiger Umweltschutz: vor allem Abfallentsorgung und Gewässerschutz

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

M+E-Umweltschutzinvestitionen zahlen direkt auf den Klimaschutz ein. Das ist deutlich mehr als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Dort geben die Unternehmen ein Drittel der Umweltinvestitionen für den Klimaschutz aus.

Der wichtigste Hebel für die M+E-Unternehmen, um ihre Klimabilanz zu verbessern, ist die Energieeffizienz (Grafik):

Mehr als 300 Millionen Euro haben die M+E-Betriebe 2015 investiert, um ihre Produktion energieeffizienter zu gestalten und Energie zu sparen.

Jeweils etwa 40 Millionen Euro entfielen auf den stärkeren Einsatz erneuerbarer Energien und die Reduzierung der Treibhausgase.

Der Anteil der Umweltschutzausgaben an den Gesamtinvestitionen

liegt in der M+E-Industrie im Schnitt bei 2,6 Prozent. Allerdings gibt es hier deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen M+E-Branchen.

Die größten Anstrengungen unternimmt die energieintensive Branche Metallherstellung und -bearbeitung. Jeder zehnte Euro, den die Unternehmen investieren, dient dem Umweltschutz. Absolut waren es im Jahr 2016 etwa 305 Millionen Euro. In der Branche „Reparaturen und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“ gehen 3,3 Prozent der Investitionen in den Umweltschutz, bei den Herstellern von Metallherzeugnissen sind es 3 Prozent.

Generell gelten in Deutschland hohe Umweltstandards für die Industrie. Dieser Umstand führt dazu, dass der Bundesrepublik trotz ihres Exportüberschusses mehr CO₂

aus dem Import von Gütern zugeordnet wird, als bei der Produktion ihrer Exportgüter anfällt. Aus dem Exportüberschuss im Warenhandel wird ein Importüberschuss in der CO₂-Bilanz.

Besonders die Produktion von Stahl, Aluminium, Automobilen und Maschinen verursacht im Ausland zum Teil deutlich höhere Kohlendioxidemissionen als in Deutschland.

Die Gefahr: Werden die Auflagen und Kosten für den Klimaschutz in Deutschland zu stark erhöht, könnten betroffene Unternehmen gezwungen sein, mit ihrer Produktion ins Ausland abzuwandern, ohne dass für das globale Klima etwas gewonnen wäre. Denn für den weltweiten Treibhauseffekt ist es egal, wo die CO₂-Emissionen entstehen.

Klar ist aber auch: Die heimische M+E-Industrie steht beim Klimaschutz in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Denn bis zum Jahr 2050 soll die EU und damit auch Deutschland klimaneutral werden. Dieses Ziel hat auch die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekräftigt. Sie will diese ehrgeizige Vorgabe gesetzlich verankern.

Neben den Betrieben ist vor allem die Politik gefordert. Sie muss die notwendigen Rahmenbedingungen für die Unternehmen schaffen. Die Politik darf also den Industriestandort Deutschland nicht gefährden. Außerdem muss sie die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft berücksichtigen, um effiziente Lösungen zu finden und gleichzeitig die volkswirtschaftlichen Kosten zu begrenzen.

Gelingt dies, kann Deutschland durch die Technologie- und Innovationskraft seiner Unternehmen – vor allem in der Metall- und Elektro-Industrie – stark vom Wachstum in der Umweltschutzgüterproduktion profitieren.

Das Bremsmanöver ist eingeleitet

Brexit. Obwohl nicht klar ist, wann und wie das Vereinigte Königreich aus der EU austritt, belasten die Brexit-Bestrebungen bereits den internationalen Handel. In Deutschland ist Baden-Württemberg besonders betroffen.

Der angekündigte Brexit hat schon viele Horror-Szenarien heraufbeschworen: angefangen beim Lkw-Chaos in Dover über einen Medikamentennotstand auf der Insel bis hin zu Hunderttausenden bedrohten Arbeitsplätzen. Der britische Schatzkanzler Philip Hammond hat kürzlich die Kosten eines ungeordneten Austritts für den Staatshaushalt auf bis zu 90 Milliarden Pfund beziffert.

Dabei hat sich die Unsicherheit durch den bevorstehenden Brexit bereits auf das Wirtschaftsgeschehen im Vereinigten Königreich und das seiner Handelspartner ausgewirkt: Viele Unternehmen halten sich mit Investitions- und Standortentscheidungen zurück. Denn wozu noch in neue Maschinen und Personal investieren, wenn im Fall eines ungeordneten EU-Ausstiegs bewährte Liefer- und Produktionsketten auseinandergerissen werden und Zölle sowie andere Handelshemmnisse die grenzüberschreitenden Warenströme verteuern und verlangsamen?

Noch ist zwar nicht klar, ob der Brexit nun geregelt oder ungeregelt vonstattengeht. Doch das Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich hat nach dem Referen-

dum im Juni 2016 längst einen Dämpfer bekommen:

Während die britische Wirtschaft 2014 um real 2,9 Prozent und 2015 um 2,3 Prozent wuchs, fiel das Wachstum in den folgenden zwei Jahren auf 1,8 Prozent – und dürfte 2019 weiter auf rund 1,3 Prozent zurückgehen.

Großbritannien hat damit seinen ehemals stabilen Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum verloren.

Diese Entwicklung wiederum wirkt sich auch auf den britischen Außenhandel aus. Hinzu kommt die Abwertung der Währung. Insgesamt verminderte sich der Außenwert des

Deutsch-britischer Außenhandel: Ausschläge in beide Richtungen

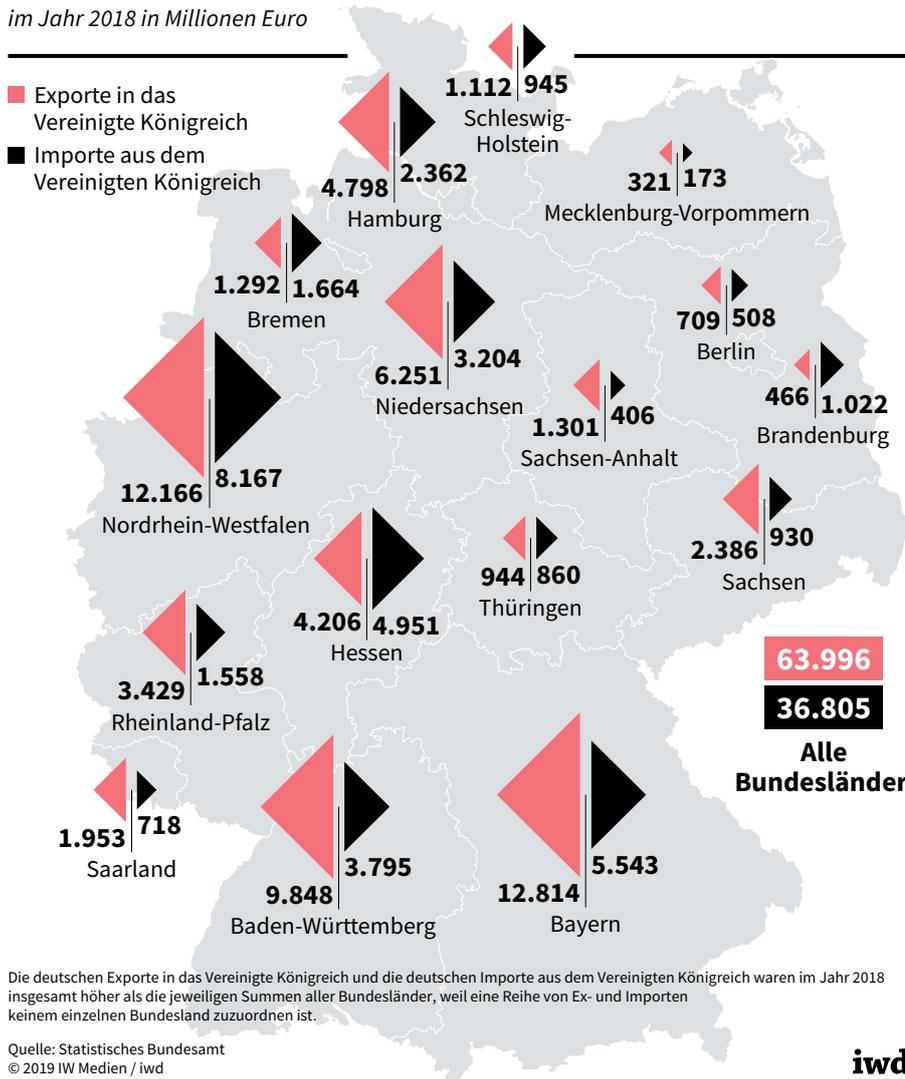
Um so viel Prozent veränderte sich der Warenhandel zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich im Jahr 2018 gegenüber 2015

	Deutsche Exporte in das Vereinigte Königreich	Deutsche Importe aus dem Vereinigten Königreich	Anteil der Branche am Außenhandel im Jahr 2018 in Prozent
Kraftwagen und Kraftwagenteile	-22,7	-13,6	23,2
Maschinen	7,3	19,2	10,6
Chemische Erzeugnisse	-0,3	-4,3	8,4
Sonstige Fahrzeuge	71,4	-3,8	8,1
Datenverarbeitungsgeräte, elektrische und optische Erzeugnisse	0,1	17,3	8,0
Sonstige Waren	-11,8	16,5	7,6
Metalle	9,1	-13,0	5,1
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	-41,5	1,8	5,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

Deutsch-britischer Außenhandel nach Bundesländern

im Jahr 2018 in Millionen Euro



pharmazeutischen Erzeugnissen. Gegen den Trend kräftig zugelegt haben dagegen die deutschen Exporte von sonstigen Fahrzeugen, zu denen unter anderem Luft- und Raumfahrzeuge zählen.

Und wie hat sich der Warenaustausch mit dem Vereinigten Königreich in den einzelnen Bundesländern entwickelt? Im Jahr 2018 betrug der Wert des Außenhandels, den die 16 Länder mit den Briten betrieben, insgesamt rund 100 Milliarden Euro (Grafik). Der deutsch-britische Warenhandel konzentriert sich im Wesentlichen auf fünf Bundesländer:

Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen wickeln zusammen 70 Prozent des gesamten Handels mit dem Vereinigten Königreich ab.

Wie bei den einzelnen Warengruppen ist auch nicht jedes Bundesland gleichermaßen vom Brexit betroffen. Das größte Exportminus im Zeitraum 2015 bis 2018 verzeichnete Baden-Württemberg mit mehr als 30 Prozent, gefolgt von Bayern mit fast 17 Prozent, Nordrhein-Westfalen mit 13 Prozent und Niedersachsen mit 12 Prozent. In Hessen betrug der Exportrückgang nur 6 Prozent.

Hessen konnte auch gegen den Trend seine Importe aus Großbritannien zuletzt deutlich steigern – um fast die Hälfte. Überdurchschnittlich wuchsen dabei die Einfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie von sonstigen Fahrzeugen. In dieser Sparte stechen vor allem die Erzeugnisse der Luftfahrt hervor, deren Einfuhrplus seit 2015 mehr als 190 Prozent betrug.

Pfunds gegenüber dem Euro bis 2018 im Vergleich zum Jahr 2015 um etwa 18 Prozent. Nach einem leichten Anstieg des Kurses Anfang 2019 verlor die britische Währung im zweiten Quartal weiter an Wert gegenüber dem Euro – allein im Juni um 2,2 Prozent.

Die Abwertung verteuerte die Warenströme aus dem Euroraum nach Großbritannien und begünstigte die britischen Exporte dorthin. Der Effekt war aber zumindest im Handel mit Deutschland offenbar nicht stark genug, um die Verunsicherung durch den Brexit zu kompensieren. Denn die deutschen Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich gingen von 2015 bis 2018 um 3,5 Prozent zurück.

Zum Vergleich: Die gesamten deutschen Importe aus der EU stiegen im selben Zeitraum um 14,7 Prozent. Die deutschen Exporte nach Großbritannien verringerten sich von 2015 bis 2018 sogar um 7,8 Prozent, während die Ausfuhren in die EU insgesamt um 12,4 Prozent zulegten.

Ein Blick auf die wichtigsten Exportgüter zeigt jedoch, dass nicht alle Warengruppen gleich betroffen sind (Grafik Seite 8):

Die Exporte von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ins Vereinigte Königreich sind zwischen 2015 und 2018 um fast 23 Prozent zurückgegangen.

Das größte deutsche Exportminus gab es mit über 40 Prozent bei den

iwd

IW-Report 25/2019

Berthold Busch: Bremsspuren beim Handel zwischen Britannien und Deutschland

iwkoeln.de/brexitspuren

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

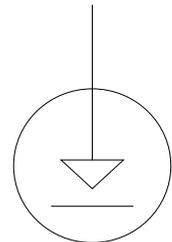
Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.
 E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



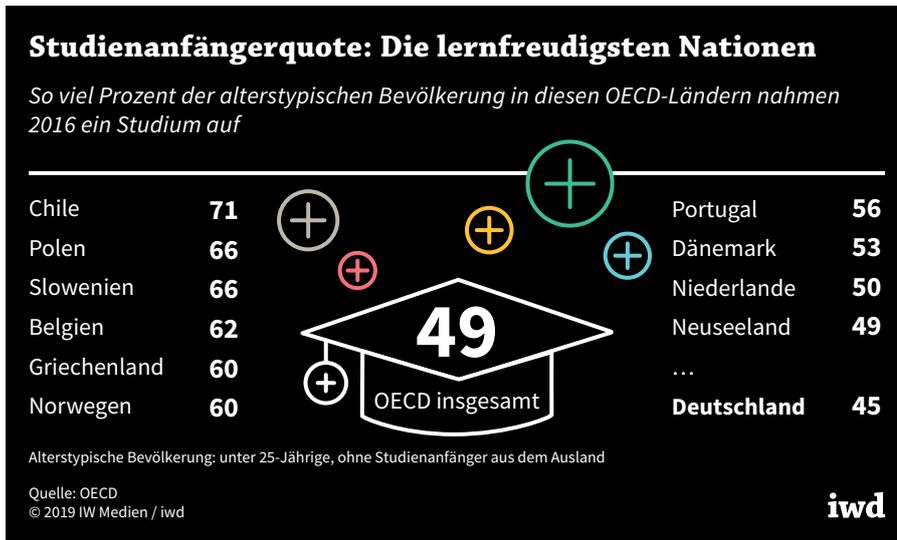
Top-Liste: Studierneigung

Die Akademikerschwemme, die Deutschland angeblich bevorsteht, relativiert sich, wenn man andere Länder anschaut: Unter den 35 OECD-Ländern gibt es eine ganze Reihe, in denen sich anteilig deutlich mehr junge Leute für ein Studium entscheiden als hierzulande – auch deshalb, weil es vielerorts keine duale Berufsausbildung gibt. In Polen und Slowenien etwa schreiben sich zwei Drittel der Schulabsolventen für ein Studium ein. Viele junge Osteuropäer setzen darauf, dass ihnen ein Uniabschluss den Einstieg auf dem europäischen Arbeitsmarkt erleichtert. Noch höher ist die Studienbegeisterung in Chile, wo sich die Zahl der Studenten von rund 300.000 im Jahr 2000 auf 665.000 im Jahr 2017 mehr als verdoppelt hat. Allerdings brechen fast 30 Prozent der Chilenen ihr Studium bereits im ersten Semester ab.

Zahl der Woche



103,4 Punkte



erreichte Deutschland im zweiten Quartal 2019 im Verbrauchervertrauensindex, den das IW vierteljährlich in Zusammenarbeit mit dem US-Forschungsinstitut „The Conference Board“ und dem Marktforschungsunternehmen Nielsen veröffentlicht. Der aktuelle Indexwert liegt fast einen Punkt unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Die Bundesbürger sind vor allem über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt besorgt: Während die vergangenen Jahre einen Beschäftigungsrekord nach dem anderen brachten, haben zuletzt einige große Unternehmen Stellenkürzungen angekündigt. Die Abkühlung der Konjunktur wirkt sich also allmählich auf den Arbeitsmarkt aus – und das beeinflusst die Stimmung der Konsumenten.

Neu auf iwd.de: WhatsApp statt Post

Aufgrund der zunehmenden Nutzung von digitalen Alternativen wie E-Mail oder Messenger-Diensten werden weltweit immer weniger Briefe verschickt. Auch in Deutschland sinkt das Briefaufkommen jährlich – vom Aussterben ist der Brief hierzulande aber noch nicht bedroht. Warum das so ist, lesen Sie auf iwd.de.



iwkoeln.de/verbrauchervertrauen